

Bildschule kämpft ums Überleben

Motion fordert Gleichstellung von Bild- und Musikschulen. Ohne öffentliche Gelder ist das K'Werk in Liestal gefährdet.

Michael Nittnaus

15 Musikschulen gibt es in Basel-land. Sie sind fest etabliert und werden von den Gemeinden getragen. Im Bildungsgesetz sind sie explizit als eines der Bildungsangebote erwähnt, in der Verordnung steht sogar, welche Instrumente angeboten werden müssen. Gesetzlich geregelt ist auch, dass Eltern nur für maximal ein Drittel der effektiven Unterrichtskosten ihrer Kinder aufkommen müssen. Niemand stellt Musikschulen in Frage.

Das tut auch Roman Brunner nicht. Doch der SP-Landrat stellt eine simple Frage: «Wieso wird die musikalische Ausbildung unserer Kinder derart gefördert, nicht aber die gestalterische? Das verstehe ich einfach nicht.» Brunner, der zwar Lehrer, aber nicht Zeichenlehrer ist, möchte diesen Unterschied beheben. In einer Motion, die er am Donnerstag einreichen wird und die der bz vorliegt, fordert er die Regierung auf, «die gesetzlichen Grundlagen für eine Kunstförderung in Bildschulen analog den Musikschulen im Bildungsgesetz zu schaffen». Denn auch wenn sie weniger bekannt sind, so gibt es sie: Spezielle Bildschulen, an denen Kinder von 6 bis 16 Jahren malen, zeichnen, töpfern, filmen, fotografieren, sprayen oder basteln können. 14 Stück gibt es schweizweit.

In beiden Basel gibt es nur je eine Bildschule

Baselbieter Schüler haben derzeit aber nur die Wahl zwischen zwei Angeboten: dem K'Werk Baselland in Liestal und dem K'Werk Basel. Letztere Bildschule gilt als einer der Pioniere in der Schweiz, wurde 2005 gegründet und unterrichtet mittlerweile über 400 Schüler pro Semester, viele davon aus dem Unterbaselbiet. Davon inspiriert aber unabhängig gründete der ehemalige Liestaler Stadtrat Heiner Karrer 2017 das Pendant fürs Oberbaselbiet auf dem



In einer Bildschule werden Kinder und Jugendliche von professionellen Künstlern gestalterisch unterrichtet.

Bild: zvg/K'Werk BL

«Wieso wird die musikalische Ausbildung unserer Kinder derart gefördert, nicht aber die gestalterische? Das verstehe ich einfach nicht.»



Roman Brunner
SP-Landrat aus Muttenz

Hanro-Areal. Vor der Corona-Zwangspause besuchten rund 100 Kinder und Jugendliche die Gruppenkurse.

Ab 2023 braucht das K'Werk Liestal 100 000 Franken

«Die Nachfrage besteht also», sagt Schulleiter Karrer auf Anfrage. Auch er sieht keinen Grund, weshalb Bildschulen nicht gleichberechtigt werden sollten. Dabei geht es um weit mehr als Anerkennung. Es geht um die Existenz. Denn das K'Werk in Liestal kann seit der Gründung finanziell nur überleben, weil es die ersten drei Jahre eine Anschubfinanzierung mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds erhielt und für 2020 bis 2022 nochmals jährlich 65 000 Franken als «ausserordentliche Betriebsbeiträge». Die Anschubfinanzierungen der

Stadt Liestal und des Kiwanis Clubs liefen bereits aus. Im Gegensatz zu den Musikschulen gibt es von den Gemeinden bisher kein Geld. Und Sponsoren zu finden sei schwierig. «Wir können zurzeit nur ein Minimalangebot aufrechterhalten», sagt Karrer. Man verlange einen Elternbeitrag von 350 Franken für einen Semesterkurs, kostendeckend wäre das Doppelte. Ab 2023 brauche das K'Werk rund 100 000 Franken aus der öffentlichen Hand.

Doch das geht nur mit gesetzlicher Verankerung. Sie würde die Grundlage schaffen, dass der Kanton oder die Gemeinden einen Leistungsauftrag oder Finanzierungsschlüssel beschliessen könnten. Roman Brunner betont, dass er kein «Lex K'Werk» anstrebe. So würde etwa auch das Basler Pendant unterstützt, wenn

die Wohngemeinden der Bildschüler einen Beitrag leisteten. Er ist zuversichtlich, dass seine Motion eine Mehrheit findet, hat er doch in fast allen Fraktionen Verbündete gefunden. Brunner weiss aber: «Die Gemeinden müssen unbedingt mit ins Boot geholt werden.» Das findet auch Brunners Fraktionskollegin Bianca Maag. Die Präsidentin des Gemeindeverbands VBLG fordert, dass die Regierung das Thema über den Verfassungsauftrag Gemeindestärkung zusammen mit den Gemeinden umsetzt, wie sie der bz sagt.

Für Karrer geht es um alles: «Wird die Motion abgelehnt, müssen wir uns damit beschäftigen, die Schule vielleicht zu schliessen. Dabei wäre es schön, sie gäbe es auch noch, wenn meine Frau und ich aufhören», so der 67-Jährige.